



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 800

P/X/90 - 20.4.1955

Einweise
auf den Inhalt:

Militärische Bündnislosigkeit oder verewigte Spaltung	S. 1
Einrich Wilhelm Kopf: Die Aufbauleistung von Nieder- sachsen	S. 3
Ein aufschlußreicher Meinungstest	S. 5
Zur Reform des Verfaassungsschutzes	S. 6
"Deutsche Souveränität" - erste Rate	S. 2a

Letzte entscheidende Frage

sp - Es beschäftigt die Öffentlichkeit in immer stärkerem Maße, welche praktischen Schlußfolgerungen die Bundesregierung für ihre eigene Politik aus dem Ergebnis der österreichisch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau zu ziehen gedenkt. Bisher hat man den Eindruck: gar keine. Auch was am Dienstag darüber verlautete, war außerordentlich enttäuschend. Vor allem wird dem Umstand Beachtung geschenkt, dass in Darstellungen und Kommentaren der Regierung und der ihr nahestehenden Parteien den breitesten Raum die Aufzählung der Unterschiede einnimmt, die zwischen Österreich und Deutschland bestehen und die angeblich sämtlich eine sinnentsprechende Anwendung des österreichischen Rezeptes für die deutsche Frage so völlig unmöglich machen.

Man erwartet einen Katalog von Vorschlägen, wie man nach Ansicht der Regierung eine friedliche Wiedervereinigung mit Aussicht auf Erfolg anstreben sollte und wie man sich den Standort eines geeinten Gesamtdeutschlands vorstellt, dem sowohl die westlichen Alliierten sowie die Sowjetunion zustimmen könnten. Und man erhält einen Katalog von Ausereden für die peinliche Passivität der Regierung in dieser deutschen Lebensfrage vorgesetzt. Mißverständene Äußerungen eines Sprechers der Regierung wurden einen Tag später dahin präzisiert, dass die Bundesrepublik und ein wiedervereinigtes Deutschland unab-

dingbar in die Gemeinschaft der freien Völker gehört - auch militärisch. Unmittelbar damit wurde die Bemerkung verbunden, die deutsche Wiedervereinigung sei nur durch eine Vereinbarung der vier Mächte zu erreichen. Selbstverständlich weiß man aber auch in der Bonner Regierung, dass die Sowjetunion niemals mit einem Gesamtdeutschland einverstanden sein wird, das dem westlichen Militärblock eingegliedert ist.

Am gleichen Tage hatten sich die Freien Demokraten in einer parteiantlichen Auslassung mit der "augenblicklichen Neutralitätspsychose" kritisch auseinandergesetzt, um am Schluß selbst die letzte entscheidende Frage zu stellen: Wie aber könne die Bundesrepublik dem Dilemma entkommen, entweder sich für die Bündnislosigkeit zu entscheiden oder auf die Wiedervereinigung zu verzichten?

Genau das ist der Punkt, auf den es ankommt. Die freidemokratische Erklärung fügte salomonisch hinzu, es sei ein äringliches Anliegen, die dritte Möglichkeit aufzuzeigen. Sie selbst freilich zeigte sie nicht auf, deutete sie nicht einmal an, konnte es auch nicht tun, weil es eine solche dritte Möglichkeit nicht gibt. Ohne die von allen Großmächten garantierte militärische Bündnislosigkeit eines künftigen Gesamtdeutschlands, die durchaus etwas anderes ist als eine allgemeine Neutralität, wird es keine Wiedervereinigung geben. Entweder man verzichtet auf die militärische Eingliederung der beiden Teile Deutschlands in den westlichen bzw. östlichen Machtblock, oder aber man gibt den Gedanken an eine deutsche Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit auf. Eine andere Wahl besteht praktisch nicht.

Der Zwang zu dieser Entscheidung mag manchem höchst unangenehm erscheinen. Aber man wird nicht um ihn herum kommen. Im Grunde ist diese Einsicht auch viel weiter verbreitet, als man im Allgemeinen annimmt. Aber es ist natürlich für die Bundesregierung aus Gründen ihres Ansehens im Lande bis zur Unmöglichkeit schwer, zu sagen: Ja wohl, wir haben uns endgültig für die militärische Bindung an den Westen und damit gegen die Wiedervereinigung entschieden. Denn es ist nichts als Augenauswischerei so zu tun, als ob das Eine und das Andere möglich sei. Es ist auch nicht mehr als ein Spiel mit Worten, zu erklären: Wenn es einmal zur allgemeinen Abrüstung oder Rüstungsbeschränkung und damit zu einer weitgehender internationaler Entspannung kommt, dann sind auch wir bereit, uns den veränderten Verhältnissen anzupassen. Was anderes sollten denn in einer solchen Lage selbst die militärfrömmsten Politiker in der Bundesrepublik tun?

Immerhin hat die Auseinandersetzung im Anschluß an das Vorabkommen über den österreichischen Staatsvertrag den Vorzug, dass sie immer unausweichlicher dem Kern der Dinge zusteuert. Das, worauf alles ankommt, besteht nicht, wie die Freien Demokraten meinen, in den "Dilemma", sondern in der Alternative militärische Bündnislosigkeit eines geeinten oder Fortdauer eines gespaltenen Deutschlands, dessen beide Teile mit eigenen Streitkräften in den Westen bzw. in den Osten eingebaut sind. Hier gibt es schließlich nur ein Entweder-Oder, solange man auch versuchen wird, dieser Entscheidung auszuweichen.

Die Gründe für Washingtons Geste

sp. Unter dem Blitzlicht der Wochenschau- und Fernsehkameras wurden im Palais Schaumburg die Ratifikationsurkunden zum sogenannten Deutschland-Vertrag und zum Vertrag über die Stationierung der alliierten Streitkräfte in der Bundesrepublik hinterlegt.

Am Mittwoch, zwölf Uhr mittags, gelangte also die amerikanische Besatzungszone in den vorzeitigen Genuß der in diesen Verträgen vorgesehenen Rechte. Es ist ein höchst einseitiger Akt, der sich hier entgegen allen Absprachen der beteiligten Staaten vollzog, die Ratifikationsurkunden gleichzeitig zu hinterlegen.

Man weiss nicht, wer eigentlich wen schob, die USA den deutschen Bundeskanzler oder umgekehrt. Beide verbindet das gleiche und gleichzeitige Interesse, durch eine möglichst baldige Inkraftsetzung der Verträge einen neuen Tatbestand in der europäischen Politik zu schaffen.

Den Briten und den offensichtlich noch zögernden Franzosen wird nichts anderes übrig bleiben, als in den nächsten Tagen und Wochen - zumindest bis zum 8. Mai - ebenso zu verfahren. Der überraschende amerikanische Schritt erklärt sich wohl zunächst aus dem verständlichen Bestreben Washingtons, die Diskussion zu überschatten, die sich in der deutschen Öffentlichkeit über die Auswirkungen der österreichisch-sowjetischen Vereinbarungen entwickelt hat.

Den durch diese Diskussion schwer bedrängten Bundeskanzler wird dieses amerikanische Vorgehen willkommen sein, weil er noch in letzter Minute vor dem Abschluss des niedersächsischen Wahlkampfes den Eindruck eines bedeutenden aussenpolitischen Erfolges erwecken kann. Unter diesem Gesichtspunkt liegt es sogar nahe, anzunehmen, dass der Kanzler sich bei seinen amerikanischen Freunden diesen kleinen Coup bestellt hat. Es ist nicht das erste Mal, dass Washington, entgegen allen internationalen Brauch, nicht zögert, eine so offensichtlich innenpolitischen Bedürfnissen einer befreundeten Regierung entspringende Geste zu machen.

Schliesslich kann es den Amerikanern wohl darauf an, gegen das Drängen auf eine Viererkonferenz, wie es vor allem in Paris recht deutlich zu spüren ist, etwas zu unternehmen. Nach amerikanischem Fahrplan soll ja eine Viererkonferenz überhaupt erst im Spätsommer oder Herbst anlaufen.

Bis dahin ist es offenbar das Ziel sowohl Washingtons wie Bonns, so viel vollendete Tatsachen zu schaffen, wie nur möglich. Die Inkraftsetzung der Verträge, an der Bonn und Washington mehr Interesse haben als an einer Konferenz über die deutsche Wiedervereinigung, ist eine solche Tatsache.

Den friedlichen Aufbau fortsetzen

Von Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf

Es ist nur zu natürlich, dass in Niedersachsen mit 560 Kilometern Landesgrenze, die zur Frontlinie zwischen West und Ost geworden sind, auch bei einer Landtagswahl außenpolitische Probleme, insbesondere aber auch die Frage der deutschen Wiedervereinigung im Vordergrund der Auseinandersetzungen und des Interesses stehen. Wir Sozialdemokraten aber nehmen für uns in Anspruch, dass wir trotz der drängenden außenpolitischen Fragen die innenpolitischen Aufgaben nicht vernachlässigt haben. Wir unterscheiden uns dadurch wesentlich von der Bundesregierung. Wir treten auch am 24. April mit der Erklärung vor die Wähler, dass wir den friedlichen Aufbau unseres Landes im Inneren unermüdlich und unverdrossen fortsetzen wollen.

Alle zehn Minuten ein neues Wohnhaus

Wir können hierbei schon auf manchen Erfolg hinweisen, auch wenn die Opposition in Niedersachsen sich seit Wochen krampfhaft bemüht, alles, aber auch alles, was in Niedersachsen geschehen ist, einzig und allein zum Verdienst des Bundes zu erklären. Seit 1951 sind in unserem Lande so viel Wohnungen gebaut worden, dass praktisch alle 10 Minuten eine Familie in eine neue Wohnung einziehen konnte. Die Zahl der Beschäftigten ist um 227 000 gestiegen. Mehr als 20 000 Bauern - Heimatvertriebene, Flüchtlinge und Einheimische wurden angesiedelt und erhielten eine neue bäuerliche Existenz. Das bedeutet, dass mehr als 60 000 Menschen wieder dem Boden verwurzelt wurden. Wir haben 5 800 neue Klassenräume geschaffen, indem wir 2 250 Schulen entweder neu bauten, oder wiederherstellten bzw. erweiterten.

Adenauers unrichtige Behauptung

Die Behauptung, das alles habe der Bund allein ermöglicht und finanziert, hat offensichtlich den Zweck, der Niedersächsischen Landesregierung das Verdienst abzuspochen, am Wiederaufbau mitgeholfen zu haben. Ich bedaure, dass auch der Herr Bundeskanzler auf seinen Wahlkundgebungen in Niedersachsen sich dieser unrichtigen Behauptung als Argument gegen die Landesregierung bedienen zu müssen geglaubt hat. Die Niedersächsische Landesregierung hat niemals in einer ihrer Veröffentlichungen das Verdienst des Wiederaufbaues für sich allein beansprucht. Wir haben immer und sehr deutlich ausgesprochen, dass die Wiederaufbauerfolge weitgehend das Resultat einer großen Gemeinschaftsleistung sind. An dieser Gemeinschaftsleistung aber hat Niedersachsen, hat die Niedersächsische Landesregierung und der Niedersächsische Landtag einen erheblichen Anteil.

Der Aufbau in Niedersachsen ist augenfällig. Und der geifernde Streit - anders kann man das Verhalten gewisser Stimmen in der Opposition Niedersachsens nicht nennen - vermag dieses Werk, an dem alle verantwortungsbewussten und aufbauwilligen Kräfte teilhaben, nicht zu schmälern. Ich weiß, dass angesichts der großen Not, die für Hunderttausende unserer Menschen aus der Vergangenheit immer noch in

die Gegenwart hinübergreift, auf dem Erreichten nicht ausgeruht werden kann, sondern weiter gebaut werden muß. Und gerade das wollen wir in Niedersachsen: weiter bauen, aufbauen, bis jedes Dasein wirklich lebenswert geworden ist.

Vergewaltigung der Eltern ?

Dieser Wiederaufbau in Niedersachsen verlangte und verlangt von uns nicht nur die Lösung wirtschaftlicher und sozialpolitischer Fragen. Der Mensch lebt also wichtig die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz auch ist - nicht vom Brot allein. Wir stehen heute auch in einer geistigen Auseinandersetzung, insbesondere im konfessionellen Raum. Die Ereignisse um das niedersächsische Schulgesetz sind Beispiel dafür.

Dieses Gesetz ist besonders von katholischer Seite angegriffen worden. Man äußerte die Befürchtung, - oder stellte gar die Behauptung auf - dass sich in Niedersachsen die Schule gegenüber dem Christentum zukünftig etwa gleichgültig oder gar ablehnend verhalten würde. Das ist einfach nicht wahr. Unsere Schulen sind nach Wortlaut und Geist des Gesetzes grundsätzlich christliche Schulen.

Wir haben uns in unserem Schulgesetz allerdings davon leiten lassen, dass die Schüler ohne Unterschied des Bekenntnisses gemeinsam erzogen werden sollen. Darob vor allem von katholischen Würdenträgern großes Geschrei: man spricht von Vergewaltigung der Eltern durch eine "un-christliche Mehrheit" des Landtages, man pocht auf das Konkordat. Nun, das Bundesverfassungsgericht wird sich mit diesem Problem befassen. Wir sehen der Entscheidung in Ruhe und Zuversicht entgegen. Wir tun es umso mehr, als wir wissen, dass unsere evangelischen Landeskirchen, die etwa 80 Prozent unserer Bevölkerung repräsentieren, den Bestimmungen unseres Schulgesetzes grundsätzlich zustimmen.

Staat und Kirche

Im Zuge der - sagen wir einmal - Befriedung im geistigen Raum habe ich immer besonderen Wert auf ein klares Verhältnis zwischen Staat und Kirche gelegt. Was wir in Niedersachsen hier in der letzten Zeit präsentierten, kann sich sehen lassen: wir haben durch den Vertrag zwischen dem Lande und den evangelischen Landeskirchen nicht nur Rechtszersplitterung und Ungleichheit beseitigt, wir haben auch alles das an staatlichen Kontrollen oder Eingriffsmöglichkeiten in das Leben der Kirche endgültig aufgegeben, was der Vertrag zwischen Preußen und der evangelischen Kirche von 1931 noch nicht überwinden hatte.

Dieser Vertrag, der in Kürze mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden rechtswirksam wird, hat in der Bevölkerung ein nachhaltiges und tiefes Echo gefunden. Er gibt ein Beispiel für eine moderne, der Gemeinschaft dienende Zusammenarbeit von Staat und Kirche. In Kenntnis dieser Bedeutung des Vertrages sprachen maßgebliche Repräsentanten der evangelischen Kirche bei der Unterzeichnung im alterwürdigen Kloster Loccum von einer "Historischen Stunde".

Beklommene CDU und DP

In den Kreisen unserer politischen Gegner, insbesondere bei CDU und DP, nennt man diesen Vertrag, diesen Fortschritt beim Aufbau unserer Gemeinschaft am liebsten nicht. Man gönnt es mir und der Landesregierung nicht, gerade im kirchlichen Bereich eine bessere Ordnung in den Beziehungen zum Staat geschaffen zu haben. Offensichtlich darf ein Sozialdemokrat so etwas nicht, weil er sonst das Primat der allein seligmachenden christlichen Partei verletzt.

Wir werden uns im Rahmen der geistigen Beziehungen ebenso wenig verwirren lassen wie in unserem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wollen. Für uns Sozialdemokraten in Niedersachsen, auf deren Schultern zehn lange Jahre die größte Last des Wiederaufbaues ruhte, gibt es auch nach dem 24. April nur das eine Ziel: den friedlichen Aufbau fortsetzen. * * *

Wo die CDU schweigt ...

-dt., Hannover

Die CDU weiß, warum sie im niedersächsischen Wahlkampf die brennenden kulturpolitischen Themen meidet. Kein Wort hört man über die Konkordatsklage, die der Kanzler gegen Niedersachsen eingebracht hat, kein Wort hört man zum Kirchenvertrag; zu Dingen also, die der "einzigen christlichen" Partei besonders nahe liegen müßten. Weder der katholische Kanzler, noch der protestantische Bundestagspräsident wußten dazu etwas zu sagen.

Der Test, den sich die Landesregierung von einem Meinungsforschungsinstitut über die Stimmung im Lande mit klug gewählten Fragen ausarbeiten ließ, zeigt eine erstaunliche und erfreuliche Anteilnahme der Bevölkerung an diesen Fragen. Demnach konnten den Interviewern 73 Prozent aller Befragten den Unterschied zwischen Bekenntnis- und Gemeinschaftsschule erläutern. Nachdem die restlichen 27 % sachlich aufgeklärt worden waren, sprachen sich 66 Prozent für die Gemeinschaftsschule und 24 Prozent für die Bekenntnisschule aus, während 10 Prozent unter "KM" (keine Meinung) fielen. 90 Prozent aller Befragten sympathisieren mit der Absicht der Regierung, das Schulgeld allmählich abzuschaffen. Ursächlich gehört zu diesem Komplex auch, dass jeder fünfte Befragte erklärte, nach seiner Ansicht sei der katholische Einfluß in Niedersachsen im Wachsen. Alle diese Zahlen zeigen, abgesehen von ihren Wirkungen auf die CDU, mit welchem Handicap die DP, die getreu in den Spuren der CDU wandelte, in den Wahlkampf ging. Zudem fand auch der "Wahlschlager" beider Parteien, die "Personalpolitik der Regierung Kopf" kein Echo; nur 10 Prozent der Befragten erhoben unter diesem Titel Vorwürfe gegen die Regierung.

Auch die Frage, ob man mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden sei, ergab eine erstaunliche Anteilnahme. 52 % sagten Ja, je 10 Prozent waren teilweise oder völlig unzufrieden und nur 28 Prozent wußten nichts zu sagen. 26 Prozent hatten keine Meinung zu der Frage, ob die Zuschüsse zum Wohnungsbau erhöht oder herabgesetzt werden sollen und kaum 25 Prozent schwiegen, als sie nach Vorschlägen zur Behebung der Arbeitslosigkeit gefragt wurden.

Diese relativ rege Anteilnahme darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass in anderen politischen Bereichen die Rubrik "KM" zumeist 50 - 60 Prozent auswies. Der Aufklärung ist also noch ein weites Feld gegeben. Man kann sich aber davon, wie die CDU im Wahlkampf gezeigt hat, auch drücken. * * *

Berichtigung: In unserem gestrigen Artikel in der "Volkswirtschaft" Nr. 31 "Bergbau soll die Bücher offenlegen" ist uns ein sinnentstellender Fehler unterlaufen. Es muß im ersten Absatz nicht 3,06 Pfennig, sondern natürlich DM heißen. Wir bitten um Entschuldigung. * * *

20.4.1955

Verfassungsschutz braucht Anerkennung

Off. In Sommer vergangenen Jahres stellten sich Bundestag und Regierung die Aufgabe, zu prüfen, ob die seit 1950 auf dem Gebiete des Verfassungsschutzes gesammelten Erfahrungen eine Reorganisation der damit beauftragten Behörden und ihrer Arbeitsmethoden erfordern. Die Verfassungsschutzärter hatten eine schlechte Presse, Befürchtungen vor einem Wiedererstehen der Gestapo waren tief verwurzelt und ließen sich auch nicht einfach mit dem Hinweis ausräumen, dass die Gesetzgebung durch die Verweigerung von Exekutivbefugnissen für diese Organe den lebensgefährlichen Stachel beseitigt habe.

Es ist jedoch schlecht bestellt um die Anerkennung notwendiger Sicherheitsmaßnahmen, wenn sie nur als ein notwendiges Übel akzeptiert werden. Die Verteidigung der Freiheit kann niemals ein Übel sein. Eine Reform kann sich nur auf die Methodik der Arbeit beziehen. Alle Träger der demokratischen Grundordnung, also auch die politischen Parteien, sind verpflichtet, um die Sicherheit des Einzelnen wie des Staates bemüht zu sein. Diese Sicherheit ist unteilbar, nicht die Regierung allein ist der Staat. Die Arbeitsweise der Sicherheitsorgane hat davon auszugehen.

Mit dem Übertritt des Präsidenten John in die sowjetische Zone wurde der Verfassungsschutz als Einrichtung zunächst von vielen überhaupt in Frage gestellt. Es gab Stimmen, die den Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung nur noch in den Händen der Gerichte wissen wollten. Doch hat teuer bezahlte Erfahrung gelehrt, dass der gerichtliche Schutz der Verfassung wenig wirksam ist, wenn nicht auch die Verwaltung zielstrebig den gleichen Weg geht. Der gelungene Staatsstreich lässt sich leider nicht durch Gerichtsbeschluss rückgängig machen. Der Bundestag setzte zum Falle John einen Untersuchungsausschuss ein, der Bundesinnenminister berief zur internen Prüfung des Bundesverfassungsschutzamtes eine aus vier Landesministern bestehende Kommission. In beiden Gremien wurde positiv zum Verfassungsschutz Stellung genommen, ob und zu welchen Reorganisationsvorschlägen die dabei geübte Kritik führt, bleibt abzuwarten.

Unabhängig davon ist der Verfassungsschutzausschuss des Bundes-

tages in eine umfassende Beratung all der Themen getreten, die in der bisherigen Diskussion eine Rolle spielten. Zu diesen Erörterungen liegen sozialdemokratische Vorschläge vor, nämlich:

- 1) Erlass von Ausführungsbestimmungen über die Verwertung des Nachrichtenmaterials unter Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze und Sicherstellung des rechtlichen Gehörs für von einer Nachrichtenverwertung Betroffene. Begrenzende Festlegung der auskunftsberechtigten Behörden.
- 2) Kompetenzabgrenzung durch ein Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern, das das Schwergewicht der Nachrichtenbeschaffung gemäß den Richtlinien des Bundesamtes bei den Ländern belässt, während die Federführung für die Auswertung des Nachrichtenmaterials beim Bundesamt liegt.
- 3) Eine Vereinbarung mit der Polizei, die als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft bzw. des Oberbundesanwalts nach den Bestimmungen des Strafrechtsänderungsgesetzes zu exekutiven Handlungen verpflichtet ist, über Kompetenzabgrenzungen und eine gegenseitige Informationspflicht.
- 4) Arbeitsrichtlinien, die der Minister den politischen Gegebenheiten entsprechend laufend zu erlassen hat.
- 5) Initiativrecht des Verfassungsschutzausschusses, doch keine Erweiterung der politischen Kontrolle im Sinne einer Verlagerung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Exekutive auf einen Parlamentsausschuss. Dringend geboten erscheint aber eine Vereinbarung über eine laufende vertrauliche Informierung einzelner, von den Fraktionen für Staatsschutzangelegenheiten zu benennender Vertrauenspersonen durch den Innenminister.

Vom Bundesinnenminister kann in diesem Stadium erwartet werden, dass er dem Parlament das Ergebnis der in seinem Hause und mit den Landesinnenministern geführten Beratungen bald vorlegt. Ebenso sind für eine gewisse Stagnation in der Arbeit verantwortliche personelle Entscheidungen überfällig, insbesondere die Berufung eines Präsidenten für das Bundesamt. Fällig ist der baldige Abschluß der Beratungen aber auch, weil Aufgabe und Bedienstete der Verfassungsschutzämter einen Anspruch auf vorbehaltlose Anerkennung haben. Die Regierung muß es sich angelegen sein lassen, um diese Anerkennung überzeugend zu werben.

* * *

Verantwortlich: Peter Rainau